

Zeitschrift: Neue Schweizer Rundschau
Herausgeber: Neue Helvetische Gesellschaft
Band: 3 (1935-1936)
Heft: 1

Artikel: Exportindustrie und Kriseninitiative
Autor: Schindler-Huber, D.
DOI: <https://doi.org/10.5169/seals-759213>

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. [Siehe Rechtliche Hinweise.](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. [Voir Informations légales.](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. [See Legal notice.](#)

Download PDF: 30.03.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

Klage der Volksgenossen, die, durch die gewandte Dialektik der marxistischen Weltverbesserer geblendet, selber das Unheil herbeiriefen, das sie zugrunde richtete. Aber nicht nur das tägliche Brot, sondern auch die Heimat, stände in Gefahr, dem Schweizervolke entrissen zu werden. Klassenkämpferische und sozialpolitische Stürme fegten über das Land und führten nicht bloß zur Schwächung der inneren Einheit, sondern zufolge der eigenen Zerrissenheit und des Auseinanderfallens der einzelnen Landesteile zu schwerer Gefährdung des nationalen Bestandes.

So richtet sich denn der Appell in diesen unruhigen Zeitläuften an alle heimatverwurzelten Volksgenossen, mit unerschütterlichem Willen fest zu verharren in der Befolgung der einfach überlieferten Lebensgrundsätze und nicht auf die Verlockungen der Morgenluft witternden politischen Wanderprediger und Kurpfuscher hereinzufallen, die mit dem unheilvollen Geist der Verneinung und der Zersetzung wohl Abbruch-, aber keine Aufbauarbeit verrichten. —

Exportindustrie und Kriseninitiative

von Dr. D. Schindler-Huber

Generaldirektor der Maschinenfabrik Oerlikon

Wie immer die Abstimmung über die Kriseninitiative ausfallen mag, es wird eine folgeschwere Entscheidung sein. Im Grunde hat das Schweizervolk in dieser Abstimmung zu wählen zwischen der freien Wirtschaft und der Zwangswirtschaft. Denn die Postulate der Initiative lassen sich nicht durchführen ohne Verzicht auf die wirtschaftliche Freiheit. Wenn wir die Preise stabilisieren wollen, wie es die Initiative verlangt, dann müssen wir dem Konsumenten die Möglichkeit nehmen, zu billigeren Preisen zu kaufen und müssen ihn zwingen, die Preise zu zahlen, die der Produzent verlangt. Wenn wir Löhne und Gehälter stabilisieren wollen, dann müssen wir für den Arbeitgeber die Möglichkeit aufheben, sich die Arbeitskräfte nach seinen Bedürfnissen auszusuchen, müssen aber auch dem Arbeitnehmer die Freiheit nehmen, sich Beruf und Arbeitsplatz nach seinem Gefallen zu wählen. Wenn wir Landwirtschaft und Gewerbe entschulden wollen, dann ist das nicht möglich, ohne dem Sparer

und Gläubiger die freie Verfügung über sein Eigentum zu nehmen. Die Maßnahmen, womit die Kriseninitiative der Hotellerie und der Exportindustrie aufhelfen will, sind gleichfalls nicht ausführbar ohne den heutigen Rest von Freiheit im internationalen Verkehr aufzuheben. Wir müßten damit zu einem Außenhandelsmonopol nach russischem Muster kommen. Schließlich müßten die sozialpolitischen Postulate der Initiative, die reichliche Unterstützung der Arbeitslosen, die ausgiebige Arbeitsbeschaffung aus öffentlichen Mitteln, die Entlastung der unverschuldet in Not geratenen Betriebe ein horrendes Geld kosten, was zunächst zu neuen gewaltigen Steuererhöhungen führen müßte und schließlich jedenfalls in einer Vermögensabgabe oder einer Entwertung des Schweizerfrankens endigen würde.

Von allen Erwerbszweigen im Lande ist der Export am meisten auf Freiheit in der Wirtschaft angewiesen und darum begreift es sich, daß die Exportindustrie am schärfsten gegen die Initiative Stellung nimmt. Sämtliche Hilfsmittel zur Förderung des Exportes, welche die Initiative und noch ausführlicher das Gutachten Grimm-Rothpletz in Vorschlag gebracht hat, sind in anderen Ländern in allen verschiedenen Anwendungsgraden ausprobiert worden und haben dem Export dieser Länder als Ganzes nichts geholfen. Selbst die Währungsabwertung hat sich in England und in den Vereinigten Staaten als wirkungslos erwiesen. Aber die Initiative wird dem Export nicht nur nichts helfen, sie wird und muß ihm positiv schaden, wie ihm noch nichts anderes geschadet hat. Denn die Exportindustrie kann heute nach dem Ausland nur noch zu sehr billigen Preisen verkaufen. Der Durchschnittswert der von der Schweiz exportierten Textilfabrikate ist von 2295 Franken im Jahre 1929 auf 1113 Franken 1933 gesunken, der Durchschnittspreis der ausgeführten Uhren von Fr. 12.97 auf Fr. 7.24. Die Maschinenindustrie bekommt im Ausland nicht viel mehr als die halben Preise der guten Konjunktur und selbst diese Preise sind für das Ausland immer noch zu teuer. Auf zwanzig bis dreißig Offerten geht vielleicht ein Auftrag ein. Große Offerten, die weit unter den Selbstkosten kalkuliert worden sind, werden von der Konkurrenz noch weit unterboten. Eine Möglichkeit, die Preise auf dem Weltmarkt bald durchgreifend zu bessern, besteht nach menschlicher Voraussicht nicht mehr. Unter diesen Umständen lasten die Löhne, Preise und Steuern in der Schweiz als schwerer Druck auf der Exportindustrie. Viele Zweige

der Exportindustrie arbeiten heute mit Verlust, die meisten jedenfalls ohne nennenswerten Gewinn. Dieser Zustand kann nicht ewig dauern, die Kriseninitiative will ihn aber verewigen. Sie will die Exportindustrie zwingen, in der Schweiz für Waren und Arbeitskräfte hohe und höchste Preise zu zahlen, während sie auf dem Weltmarkt nur äußerst niedrige Preise erzielen kann. Damit kann die Exportindustrie auf die Dauer nicht bestehen. Einzelne durch die Zeitverhältnisse begünstigten Exportzweige mögen davon eine Ausnahme machen, aber der Export als Ganzes muß den Krebsgang gehen. Schon heute steht der Export weit unter den Vorkriegszahlen. In den Jahren 1912 und 1913 exportierte die Schweiz für mehr als 1300 Millionen Franken jährlich, 1934 sind wir auf einen Export von 750 Millionen zurückgesunken. Gegenüber den Jahren der Hochkonjunktur hat die schweizerische Volkswirtschaft heute eine Mindereinnahme aus dem Export und dem Fremdenverkehr von etwa fünfzehnhundert Millionen Franken im Jahr.

Um wieder emporzukommen und in Zukunft wieder mit einem bescheidenen Verdienst arbeiten zu können, muß die Exportindustrie das Gegenteil der Kriseninitiative, nämlich eine Kostensenkung verlangen. Das soll nicht heißen, daß durchwegs eine Ermäßigung auf sämtlichen Preisen in der Schweiz eintreten soll, denn in der Schweiz sind die Preise, die der Staat nicht künstlich hochgehalten hat, in den meisten Fällen schon so billig geworden, daß sie dem Produzenten und dem Handel keinen übertriebenen Nutzen mehr lassen. Aber wir müssen in der Schweiz jene Kosten und Preise abbauen, die bisher künstlich hochgehalten wurden. Das paßt bekanntlich den Leuten wenig in den Kram, die der Staat bisher verwöhnt hat. Sie lassen sich gerne einreden, und wollen auch andere dazu überreden, daß man die Exportindustrie einfach ihrem Schicksal überlassen soll. Diese gefährliche Ansicht findet vielfach Unterstützung in den Kreisen, die durch die bisherige ungleiche Preisentwicklung in der Schweiz verärgert sind, also auch im kaufmännischen Mittelstand. Offenbar im Namen dieser Kreise stellt Herr Ständerat Iten im Schweizerischen Wirtschaftlichen Volksblatt die Vorfrage, ob eine Preisherabsetzung um 20 Prozent der Exportindustrie wirklich helfen würde. Der Erfolg müsse das Opfer wert sein. Dieser Nachweis sei noch zu erbringen.

Herr Ständerat Iten geht offenbar von der Voraussetzung aus, daß wir die Anpassung an den Weltmarkt nach Belieben vornehmen

oder unterlassen können. Diese Freiheit der Wahl haben wir aber nicht. Wir können keine Preispolitik machen gegen die ganze Welt, wenigstens nicht auf die Dauer. Die Anpassung an den Weltmarkt wird sich, wie auch die bundesrätliche Botschaft zur Kriseninitiative konstatiert, mit oder gegen unseren Willen durchzusetzen. Der Exportindustrie selber ist die Preisherabsetzung kein Vergnügen, sondern eine bittere Notwendigkeit. Sie würde auch lieber zu hohen Preisen als zu niedrigen Preisen verkaufen. Sie hat sich nur als erste dem harten Gebot des Preisabbaues unterziehen müssen. Für die übrigen Berufe im Lande ist die Frage nur, ob sie sich rechtzeitig zur Anpassung entschließen oder ob sie warten wollen, bis die Exportindustrie unwiederbringlich ruiniert ist.

Jeder ist sich selbst der Nächste, und das Rezept, die Exportindustrie ihrem Schicksal zu überlassen, wäre zwar egoistisch, aber verständlich, wenn dieses Schicksal nicht schließlich das ganze Land in Mitleidenschaft ziehen müßte. Die Exportindustrie hat dem Mittelstand nie Konkurrenz gemacht. Sie hat Geld und Aufträge vom Ausland her ins Land gebracht, die auch dem Mittelstand ein gutes Stück Geld zu verdienen gaben. Geht die Exportindustrie zugrunde, dann fällt dieser Verdienst weg und dafür steigen die Steuern, die gezahlt werden müssen, und welche die Exportindustrie nicht mehr zahlen kann. Die stellenlos gewordenen Angestellten und Arbeiter der Exportindustrie müssen sich schließlich um jeden Preis auf dem Inlandmarkt eine Existenz suchen, und es ist für sie der nächste Ausweg, in die mittelständischen Berufe einzudringen und den alten Angehörigen dieser Berufe einen Konkurrenzkampf auf Tod und Leben zu machen. Auch das Kapital, das in der Exportindustrie keine Beschäftigung mehr findet, wird sich teilweise Erwerbsarten zuwenden, die dem Mittelstand eine verschärfte Konkurrenz machen müssen. Wenn die Exportindustrie zugrunde geht, wenn ihr auch nur eine Erholung unmöglich gemacht wird, dann wird auf die Dauer das ganze Land und jeder Stand in der Schweiz darunter noch schwerer leiden, als wenn er rechtzeitig die nötigen Opfer gebracht hätte.

Die Kriseninitiative ist nun gerade zu dem Zweck lanciert, um die rechtzeitige Anpassung an die veränderte Lage der Weltwirtschaft zu verhindern. Da wir aber keine Wirtschaftspolitik gegen die ganze Welt machen können, muß die Annahme der Kriseninitiative uns zu einer wirtschaftlichen Katastrophe treiben.